Bürgerantrag zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes!

Petition an den Bayerischen Landtag gemäß Art. 115 Bayerische Verfassung:
Für ein Verbot von Nebentätigkeiten, für die Abschaffung überzogener Pensionsansprüche und für die Streichung der nachweisfreien Aufwandspauschale

---

Ich beantrage,

☐ **dass Beraterverträge, Vorstands-, Geschäftsführer- und Aufsichtsratsposten in privaten Unternehmen und Verbänden für alle Politiker verboten werden. Dies gilt für Unternehmen und Verbände, die auf das Erzielen von Gewinnen ausgerichtet sind oder Zuschüsse aus dem Staatshaushalt erhalten.**

☐ **dass die nachweis- und steuerfreie Aufwandspauschale (2724,- Euro) für Abgeordnete gestrichen wird, weil ich als normaler Steuerzahler meine Aufwendungen auch nachweisen muss.**

☐ **dass die überzogenen und beitragsfreien Politikerpensionen gestrichen werden. Abgeordnete sollen von ihren Diäten (in Bayern derzeit mtl. 5861,- Euro) künftig für ihre Altersvorsorge Beiträge zahlen. Schließlich wird auch von uns Bürgern private Vorsorge erwartet.**

☐ **dass die Festsetzung der Abgeordneten-Entschädigung künftig jeweils im letzten Jahr einer Legislaturperiode (also vor der Wahl) erfolgt. Diese Entschädigung soll dann für die gesamte darauffolgende Amtsperiode gelten.**

Begründung:

Der Antrag will zwei Ziele erreichen: Zum einen soll eine bessere Trennung von politischem Mandat und privaten Interessen erreicht werden. Dabei geht es nicht nur um die wirtschaftlichen Nebentätigkeiten von Abgeordneten sondern auch um deren Tätigkeit für Verbände. Gerade hier ergeben sich oft Interessenskonflikte, wenn Parlamentarier einerseits das Gemeinwohl sichern sollen, andererseits aber an einer stärkeren Kontrolle der von ihnen vertretenen Verbände nicht interessiert sind. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Chancengleichheit verletzt ist, wenn einzelne Unternehmen und Verbände im Parlament „vertreten" sind, andere nicht.

Zum anderen geht es darum, unzeitgemäße Politikerprivilegien abzubauen und so das Ansehen der Volksvertreter zu heben. Insbesondere die Aufwandspauschale ohne Einzelnachweis und die komfortable Altersversorgung aus der Staatskasse passen nicht mehr in die von Sparzwängen und Appellen zur größeren Selbstverantwortung geprägten Zeit.

Bitte möglichst bald an die ödp Bayern, Postfach 2165, 94011 Passau einsenden!

Name, Vorname	Adresse	Unterschrift	Informieren Sie mich über das Ergebnis der Petition! (Bitte ankreuzen!)
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐
			☐